

HAZ, 27.10.92.

Eine Million für Imageverlust

Gemeinde bekommt Ausgleichszahlungen für Giftmülldeponie

gst. Hannover/Söhlde

Die kleine Gemeinde Söhlde, auf deren Gemeindegebiet sich die einzige niedersächsische Sondermülldeponie befindet, kann in Kürze mit einer kräftigen Haushaltsaufbesserung rechnen. Auf Wunsch der SPD-Landtagsfraktion soll Söhlde von 1993 an vom Land eine jährliche Ausgleichszahlung von 500 000 Mark für den Deponiebetrieb in Hoheneggelsen bekommen. Um alte Versprechen wahr zu machen, soll zudem die erste Rate im kommenden Jahr gleich zweimal überwiesen werden. Bereits im Februar hatte SPD-Fraktionschef Johann Bruns dem Söhlde Gemeindedirektor eine Zahlung von 500 000 Mark in diesem Jahr zugesagt. Im Landesetat war davon jedoch keine Rede. Nun soll dies mit dem Haushalt 1993, der derzeit beraten wird, nachgeholt werden.

Ein Teil des Betrages ist bereits verplant. Auf Grund der Zuschußusage habe man den Bau eines Kindergartens in Hoheneggelsen beschlossen und im Juni eine Zahlungsaufforderung ans Finanzministerium geschickt, sagt Gemeindedirektor Günther Blase. Verhandelt werde bereits seit Jahren. Über die Berechtigung der Zahlung gebe es keinen Zweifel. Auf Grund der hohen Abschreibungen des Deponiebetreibers gehe die Gemeinde weitgehend leer aus; die Gewerbesteuererinnahmen seien minimal. Auch die CDU sieht keinen Grund zur Ablehnung. Die

Gemeinde trage die Last vieler ohne eigenen Gewinn, meint der Hildesheimer CDU-Landtagsabgeordnete Hartmut Möllring. Und auch im Umweltministerium ist die Geldspende unstrittig. Der Imageverlust der Gemeinde müsse ausgeglichen werden, heißt es.

Michael Lorke, stellvertretender Söhlde Bürgermeister und Mitglied der örtlichen Bürgerinitiative, möchte die Zahlung allerdings nicht als Schweigegeld verstanden wissen. Der Widerstand gegen die Deponie werde dadurch nicht geringer. Die Gemeinde hat dies mit einer jüngsten Klage längst klargestellt. Gegen die Entscheidung des Umweltministeriums, Einlagerungsanträge nur noch vom TÜV und nicht mehr von mehreren Fachbehörden prüfen zu lassen, streitet Söhlde jetzt vor Gericht. Das Argument, der Deponiebetrieb werde dadurch beschleunigt, sei nicht hinreichend, meint Blase. Statt dessen sei zu befürchten, daß es künftig nicht so korrekt zugehe. Sinnvoller sei es, die Behörden personell besser auszustatten.

Die Klage kann das Land nicht mehr verhindern. Doch finanzieren mag es sie wohl auch nicht. Die Ausgleichszahlung soll nach den bisherigen Planungen projektbezogen sein und im Vermögenshaushalt der Gemeinde gutgeschrieben werden. Für Klagen, die grundsätzlich aus dem Verwaltungshaushalt bezahlt werden, ist das Geld damit nicht verwendbar.